

Hybrid

Beschäftigen wir uns einleitend mit dem Begriff, bevor wir zu seiner neuen Anwendung kommen. Bei Hybrid denken wir zuerst an ein „Fahrzeug, das von mindestens einem Elektromotor sowie einem weiteren Energiewandler angetrieben wird und Energie sowohl aus seinem elektrischen Speicher (Akku) als auch einem zusätzlich mitgeführten Kraftstoff bezieht.“ Schlicht gesagt, ist die eine Energiequelle erschöpft, fährt das Auto mit der anderen weiter. 539.400 Fahrzeuge wurden 2020 in Deutschland zugelassen. Deutlich vorn liegt Toyota, gefolgt von Audi, Mercedes, BMW und VW.

„Das Adjektiv hybrid bedeutet so viel wie ‚aus Verschiedenartigem zusammengesetzt‘“. Das passt natürlich sehr gut zu unseren Parteien. Ein Name, aber viele verschiedene Menschen und Ansichten. Die Berliner SPD, die offenbar nichts dringender benötigt als einen neuen Landesvorstand, wobei es nur um die Doppelspitze geht, denn alle Beisitzer sollen einfach nur wiedergewählt werden, hat den Begriff **„Hybrid Parteitag“** kreiert. Und natürlich trägt diese Versammlungsform den Namen **„BERLINER MODELL“**.

„Der Landesparteitag der SPD Berlin wird voraussichtlich vom 27. bis 29.11.2020 als hybrider Parteitag stattfinden.“, teilt die Partei mit. „Debatten, Aussprachen und inhaltliche Beschlüsse erfolgen digital. Die Wahlen werden in maximal vier bis fünf Wahlgängen als dezentrale Urnenwahlen durchgeführt. Falls weitere Wahlgänge erforderlich sein sollten, werden diese als Briefwahl durchgeführt.“ Das dürfte eine spannende Sache werden. Es besteht kaum noch eine Möglichkeit, während der Veranstaltung zu kungeln oder jemanden einen Posten zu versprechen, um sich seine Stimme zu sichern. Aber das ist ja vermutlich alles vorher schon passiert.

„Grundlage für dieses Verfahren ist das Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes und des Gesetzes über Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins-, Stiftungs- und Wohnungseigentumsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie vom 28. Oktober 2020, das mit der heutigen Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt in Kraft getreten ist. Damit können Parteien digitale Versammlungen durchführen und digital inhaltliche Beschlüsse fassen, Wahlen können – auch abweichend von der Satzung – als Brief- oder Urnenwahl durchgeführt werden.“

Michael Müller, der scheidende Landesvorsitzende der SPD Berlin, sagt: „Wir haben mit unserem ‚Berliner Modell‘ ein gutes und zeitnah zu realisierendes

Format entwickelt, mit dem wir den Landesparteitag auch unter Pandemiebedingungen sicher durchführen können. Mit dem heutigen Tag ist auch die rechtliche Grundlage für unser Modell gegeben.“



Giffey, Müller und Saleh bei der Bekanntgabe der Kandidatur am 29. Januar 2020. Foto: Ed Koch

Wie bekannt, bewerben sich **Franziska Giffey** und **Raed Saleh** um die Parteivorstandsdoppelspitze. Frau Giffey wurde noch schnell zum „kooptierten Mitglied“ im Landesvorstand ernannt. Sie wird in der Pressemitteilung wie folgt zitiert: „Mit dem von uns entwickelten Modell für einen digitalen Parteitag gehören wir zu den Vorreitern der digitalen Parteiarbeit. Das eröffnet eine große Chance, demokratische Prozesse auch unter eingeschränkten Bedingungen gut und innovativ zu gestalten und notwendige Entscheidungsschub herbeizuführen. Mit diesem Digitalisierungsschub legen wir die Grundlage dafür, die Berliner SPD auch für das Wahljahr 2021 gut aufzustellen.“ Großartig. Möge der Digitalisierungsschub auch die Schulen erreichen.

In Pandemie-Zeiten mit weitestgehenden Kontaktbeschränkungen bleibt den Parteien wenig übrig, als sich digital zu verständigen. Die Grünen haben ihren Landesvorstand allerdings persönlich gewählt. Und auch die CDU-Delegierten wollen sich unbedingt im Januar in die Augen schauen, wenn sie **Friedrich Merz** zu ihrem Vorsitzenden küren. Nach der Absage des für Anfang Dezember geplanten Parteitages hat sich Herr Merz mit seiner Rumpelstilzchen-Nummer allerdings derart disqualifiziert, dass man nur hoffen kann, die CDU entscheidet sich noch anders.

Der unsägliche Vorgang um die Doktorarbeit von **Franziska Giffey** mit immer neuen Gutachten und jetzt eingeleiteter erneuten Bewertung durch die FU, ist noch längst nicht abgeschlossen. Das schadet ihr und das schadet der SPD. Sie hätte es in der Hand gehabt, frühzeitig beim Aufkommen erster Vorwürfe, auf den Titel zu verzichten und wäre dadurch kein schlechterer Mensch geworden. Starrsinn ist kein guter Ratgeber.

Ed Koch